

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postbetriebsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gepalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 338 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von G. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss Nord 3002.

Der 3. Kongress der Fabrikarbeiter-Internationale.

Die Internationale Vereinigung der Fabrikarbeiterverbände tagte am 29. und 30. Juni und am 1. Juli 1926 in der dänischen Hauptstadt Kopenhagen. Die Leitung lag in den Händen des Vorsitzenden Brey und des Sekretärs Stenhuis. Anwesend waren 41 Delegierte aus Belgien, Dänemark, Deutschland, Holland, Norwegen, Österreich, Schweden, Tschechoslowakei, fünf Vertreter des Exekutivkomitees und 24 Gäste. England ist, trotzdem es große Verbände von Fabrikarbeitern hat, der Internationale zur Zeit nicht angeschlossen. Die russischen Chemiarbeiter waren als Gäste anwesend; sie beantragten erneut die bedingungslose Aufnahme in die Internationale. Außer ihnen waren als Gäste auf dem Kongress anwesend: Vertreter der Arbeitslosenkasse, der dänischen gewerkschaftlichen Landeszentrale, der Sozialdemokratischen Partei und des Internationalen Arbeitsamts. Mit besonderer Erugetung wurde festgestellt, daß auch Sörrensen, der langjährige Vertreter der dänischen Organisation im Internationalen Exekutivkomitee, anwesend sei. Mit Bedauern wurde zur Kenntnis genommen, daß Erkrankung dem Vorsitzenden des Dansk Arbejdsmands-Forbunds, Genossen Lyngsle, die Teilnahme am Kongress verhinderte. Aus den Begrüßungsreden heben wir hervor die deutsche Ansprache des Vertreters der Sozialistischen Partei, der auf die engen Verbindungen der dänischen politischen und gewerkschaftlichen Bewegung hinwies. Jede Zersplitterung sei vermieden, die Zersplitterung zurückgewiesen worden. Die dänische Arbeiterchaft hatte 1924 einen großen Wahlsieg, konnte ihn aber wegen des in seiner Mehrheit reaktionären Oberhauses nicht vollständig ausnützen. Die sozialdemokratische Mehrheit im Landtag bildet die Regierung, sie kann aktiv vieles tun und Schlechtes verhindern. Das Ziel sei, das Oberhaus zur Auflösung zu bringen, um auch dort eine arbeitsfreundlichere Regierung zu erzielen.

Nach Verlesung der Präsenzliste wollten die Russen zur Tagesordnung sprechen und einige Anträge stellen. Obwohl darauf aufmerksam gemacht, daß das für Gäste doch nicht angängig sei, bestanden sie auf ihrem Verlangen. Der Vorsitzende Brey verwies darauf, daß ihre Wünsche sich sachlich decken mit einem Antrag der norwegischen Delegation, der nach dem Bericht des Sekretärs mit verhandelt werden soll.

Den Bericht über die abgelaufene Geschäftsperiode erstattete der Sekretär Stenhuis, der zu gleicher Zeit die dazu vorliegenden Anträge mit behandelte. Stenhuis hielt den weiteren Ausbau der Internationale der Fabrikarbeiter für unbedingt notwendig, besonders sei dazu auch die Geschäftsführung durch Verbesserung des Bureaus und des Sekretariats Voraussetzung. Die Konzentration des Kapitals, aus der er die Margarine-Industrie als Beispiel besonders hervorhob, zwinge zu immer engerem Zusammenschluß der Fabrikarbeiter. Die Versuche, die englischen Fabrikarbeiter-Verbände heranzuziehen, sind allerdings gescheitert. Das liegt zum Teil daran, daß mehrere Verbände von Fabrikarbeitern sich anderen Berufsverbänden angeschlossen haben, die wieder in einer anderen Internationale zusammengefaßt sind. Die außer diesen kleineren Verbänden bestehende größere Fabrikarbeiter-Organisation mit ca. 200 000 Mitgliedern war bereit, ihren Anschluß zu vollziehen, wenn für sie der Beitrag auf den dritten Teil festgesetzt würde. Das konnte nicht zugestimmt werden. Wegen des Anschlusses der russischen Chemiarbeiter haben wiederholte Verhandlungen stattgefunden. Das Exekutivkomitee beantragt, die Russen aufzunehmen, wenn sie sich verpflichten, im russischen Gewerkschaftsbund auf den Anschluß an die Moskauer Internationale hinzuwirken. Der Ausbau des Sekretariats soll erfolgen durch Einstellung einer selbständigen Hilfskraft oder durch halbe Freistellung des Sekretärs, der jetzt nur im Nebenamt die notwendigen Arbeiten verrichtet. Eine solche Umänderung sei möglich ohne wesentliche Beitragserhöhung. Wenn die Engländer sich anschließen würden, sei eine Mehrbelastung gar nicht zu befürchten. Bei der Wahl des Sekretärs oder einer selbständigen Hilfskraft sei auch englische Sprachkenntnis erwünscht. In der Exekutive soll eine Änderung erfolgen. Vorgeschlagen wird, den Kollegen Brey zum Präsidenten zu wählen, der Posten sei seit Jahren offen gelassen, um beim Eintritt der Engländer in die Internationale einen Engländer wählen zu können. Das habe heute nicht mehr den rechten Zweck, außerdem müsse der Standpunkt, die Internationale solle von neutralen Ländern geleitet werden, wieder aufgegeben werden. Das Exekutivkomitee wünscht Vollmacht zum Ausbau des Sekretariats und zu Verhandlungen mit den noch fernstehenden Verbänden.

In der Aussprache erklärte Thiemig für die deutsche, österreichische und tschechische Delegation, daß sie die noch mangelhafte Fühlung mit den einzelnen Ländern bedauern. Das sei auch durch einen Ausbau des Bureaus nicht zu beheben. In dem Vordergrund müssen stehen der Ausbau der einzelnen Landesorganisationen. Dieser notwendige Ausbau sei durch die Kriegswirkungen, besonders durch die Inflation und die jetzigen Folgen der schweren Festigung, ungemein erschwert. Die Arbeitslosenziffer steigt in Deutschland

noch ständig. Der deutsche Verband hat im letzten Berichtsjahre allein fast zwei Millionen Mark für Arbeitslosen- und 2 330 000 Mark für Streikunterstützungen ausgegeben. Der Ausbau des Sekretariats könne in diesem Umfange wegen der finanziellen Belastung zur Zeit nicht vorgenommen werden. Das Exekutivkomitee soll aber Vollmacht bekommen, einen notwendigen und ohne Beitragserhöhung möglichen Umbau vorzunehmen und dann auf dem nächsten Kongress weitergehende Anträge zu stellen.

Der Vertreter aus Holland, de Jonge, ist mit der Tätigkeit des internationalen Sekretariats nicht zufrieden. Technisch sei z. B. die Vorbereitung zu diesem Kongress, zur Papierkonferenz und zu mehreren anderen Veranstaltungen nicht befriedigend. Sachlich sei zu bedauern, daß der Anschluß der Engländer und einiger anderer Bruderorganisationen nicht zustande gekommen ist. Die Holländer schlagen vor, eine Kommission einzusetzen, die mit dem Internationalen Komitee Mittel und Wege zur Besserung suchen soll. Die vom Sekretariat gemachten Umänderungsvorschläge befriedigen nicht. Nach ihrer Meinung müsse das kleinere Komitee anders, nicht nur aus Holländern zusammengesetzt werden. Deutschland müsse darin mit vertreten sein, ebenso Belgien. In Gemeinschaft mit Holland könnten diese drei Länder, weil sie geographisch so nahe beieinander liegen, die Arbeiten des Sekretariats viel besser fördern. Er tritt für die Abhaltung von internationalen Berufskonferenzen ein, deren Vorteile gar nicht zu bestreiten seien. Die schwedischen Zementarbeiter hätten eine solche internationale Konferenz für die Zement-Industrie einberufen und dazu das Sekretariat nicht hinzugezogen. Die Internationale müsse aber bei solchen Sachen nicht nur befehligen, sondern führend sein.

Der schwedische Vertreter Jansson berichtet, daß sie 3400 Glasarbeiter in ihrer Organisation mit vereinigt haben. Die von de Jonge angeführte Zementarbeiter-Konferenz war keine internationale Konferenz, sondern erstreckte sich nur auf die skandinavischen Länder. Allerdings waren auch Engländer und Holländer eingeladen. Die Schwierigkeiten der internationalen Arbeiterbewegung kennt er seit 1907. Damals wurde die deutsche Organisation mit der Leitung beauftragt. Die skandinavischen Länder haben ihre Pflicht jederzeit erfüllt und werden das auch in der Zukunft tun. Die Engländer wollen den Anschluß an die Internationale nicht, sie haben wohl vielfach zugestimmt, sind aber ausgeblieben. Ihr Bekenntnis, sie erleben keinen Vorteil in dem Anschluß an die Internationale, sei dafür der beste Beweis. Da er selbst fünf Jahre Sekretär gewesen sei, verstehe er die Schwierigkeiten ohne weiteres. Deshalb müssen die Holländer ihre Kritik einschränken.

Fassin (Belgien) wünscht, daß nunmehr der Kongress entscheide, ob ein Sekretär angestellt werden soll. Vor drei Jahren sei der Antrag verschoben worden. Die Erhöhung der Beiträge sei allerdings für Belgien nicht tragbar. Das Sinken der Frankenwährung bringe sie in eine verzweifelte Lage. In wenigen Monaten verbrauchten sie 63 Prozent mehr an Beiträgen. Die regelmäßige Tätigkeit des Sekretariats soll nicht erschwert werden, aber Deutschland und Belgien müssen sparen. Das ist auch im Sekretariat notwendig. Am Mitteilungsblatt könne solche Sparbarkeit erfolgen. Belgien wird an die Internationale appellieren müssen, wenn der Frank noch mehr stürzt. Die holländischen Kollegen sollen von der Internationale mehr herangezogen werden.

Stenhuis berichtet, daß alles mögliche getan wurde, um die Engländer zum Anschluß zu gewinnen. Auch der Versuch, über den internationalen Gewerkschaftsbund den Anschluß zu erzielen, war erfolglos. Die Befürchtungen, daß die Erweiterung des Bureaus eine wesentliche Belastung bringe, seien unbegründet. Für die nächsten Jahre würde eine solche Belastung gar nicht erfolgen und später für die deutsche Organisation nur 350 Gulden jährlich betragen. Auf Deutschland und seine Finanzverhältnisse ist immer Rücksicht genommen worden. Die holländischen Anträge auf Einberufung von Betriebs- und Berufskonferenzen sind wiederholt besprochen worden. Eine internationale Konferenz für die chemische Industrie hat stattgefunden. Man wolle es nun damit versuchen, auf jedem internationalen Kongress eine Berufsfrage mitzuerledigen. Die holländischen Vorwürfe, er habe die Papierkonferenz verzögert, seien unbegründet. Daran sei seine Krankheit schuld. Er wolle gern zugeben, daß einige internationale Verbindungen anderer Berufsgruppen besser seien. Die hätten aber auch größere Einnahmen aus den einzelnen Landesverbänden, vor allem sehen nicht so viele größere Länder abseits.

Der Vorsitzende Brey machte den Vorschlag, die Abstimmung erst am nächsten Morgen vorzunehmen. Die Länder sollen Stellung nehmen und ihre Anträge noch einmal formulieren. Die Kritik sei teilweise über das Ziel hinausgeschossen. Wenn wegen Krankheit eine Konferenz verschoben werden muß, so muß das als Entschuldigung gelten. Ein englischer Kollege war früher im Exekutivkomitee. Die Umgruppierung in der englischen Organisation hat mehrere veranlaßt, aus unserer Internationale auszutreten. Die übrigen englischen Fabrikarbeiter-Organisationen wären nicht zu überzeugen, daß ihr Anschluß notwendig und zweckmäßig sei. Brey wendet

sich besonders gegen die Begründung in der holländischen Entschliebung, die eine Festlegung für die einzelnen Länder bedeute. Die gewerkschaftlichen Erfolgsmöglichkeiten müßten von jeder Landesorganisation geprüft und dann durchgeführt werden. Solange die wirtschaftliche Krise dauert, müssen nicht nur die Länder, sondern auch die Internationale vorsichtig und klug abwägen, was begonnen und durchgeführt werden kann. Wo internationale Konferenzen notwendig waren, sind sie abgehalten worden. Das Beispiel der chemischen Industrie kann nicht so leicht und einfach wiederholt werden. Die von Holland beantragte Untersuchung über die Tätigkeit des Sekretariats kann auf dem Kongress erfolgen. Der schriftliche und der mündliche Bericht sind die Grundlage dazu. Die Papier-Industrie soll auf dem diesmaligen Kongress mit behandelt werden. Die Einberufung war vom Mißgeschick wiederholt betroffen. Solche Fehler brauchten sich nicht zu wiederholen.

De Jonge (Holland) wehrt sich gegen einige Bemerkungen, die Stenhuis gegen ihn gebraucht hat. Er betont noch einmal, daß er sich wundere, daß gerade in der Fabrikarbeiter-Internationale die Engländer fehlen. Die nordische Zement-Konferenz war nicht nur eine skandinavische, sonst hätten Holländer und Engländer nicht eingeladen werden können. Die Nichtinzugziehung des Sekretärs war eine Mißachtung der Internationale. Der Sekretär dürfe aber nicht heisseite stehen, sondern müsse genügend für die Internationale wirken können.

Stenhuis vertritt noch einmal den Standpunkt, daß eine Untersuchung über die Tätigkeit des Sekretariats keinen Zweck hat. Eine volle Arbeitskraft für das Sekretariat kann natürlich erfolgreicher wirken. Deshalb macht ja auch das Komitee seine Verbesserungsvorschläge. Den skandinavischen Ländern ist von vornherein gesagt, daß sie bei ihrem Vorgehen in der Zement-Industrie auf die Hilfe der anderen Länder nicht rechnen dürfen. Die wirtschaftlichen Hindernisse sind stärker als unser Wille.

Die Mittwochssitzung beginnt mit der Abstimmung über die Resolutionen zum Geschäftsbericht. Dabei wird die Resolution der Holländer, besonders wegen ihrer Begründung, abgelehnt. Dafür stimmen nur Belgien und Holland. Der Kongress faßt seine Meinung zusammen in folgendem Beschluß, der als Vermittlungsvorschlag von der deutschen, österreichischen und tschechischen Delegation eingebracht war:

Das Exekutivkomitee sucht Mittel und Wege, wie die Tätigkeit des Sekretariats vorteilhafter und noch erfolgreicher gestaltet werden kann.

Das Exekutivkomitee soll über das Ergebnis seiner Untersuchung Bericht erstatten und rechtzeitig ausgearbeitete Vorschläge den angeschlossenen Verbänden unterbreiten.

Der Bericht und die entsprechenden Anträge sind als besonderer Punkt auf dem nächsten Kongress zu verhandeln.

Bis zum Eintritt dieses Zeitpunktes wird das Exekutivkomitee ermächtigt, den Ausbau des Internationalen Fabrikarbeiterbureaus gemäß den Anträgen I und II in die Wege zu leiten, ohne eine Erhöhung der Beiträge vorzunehmen.

Die Aussprache über die Russendelegation setzt ein mit der Begründung des norwegischen chemischen Verbandes, der die russischen Chemiarbeiter bedingungslos als Mitglied der Internationalen Vereinigung aufgenommen wissen will. Der Antrag wird begründet von Halfdan Johnson. England will sich nur anschließen, wenn es nur den dritten Teil der Beiträge zahlen darf. Im Gegensatz dazu erkennt Rußland das Statut in jeder Beziehung an, muß insoweit aufgenommen werden. Die Bedenken und Befürchtungen sind hinfällig, das Exekutivkomitee muß aus seiner Reserve heraus. Andere Berufsgruppen und andere internationale Vereinigungen haben die Russen aufgenommen. Die Fabrikarbeiter-Internationale müsse dasselbe tun.

Von der deutschen Delegation wird eine Ergänzung der Resolution des Exekutivkomitees beantragt, die nun wie folgt lautet:

Es ist nicht Aufgabe der gewerkschaftlichen Berufsorganisationen, sich für die Lösung allgemeiner politischer oder staatspolitischer Probleme einzusetzen. Vielmehr ist es Ziel der gewerkschaftlichen Berufsorganisationen, zum Zwecke der Verbesserung auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen Aktionen vorzubereiten und durchzuführen. Die dabei zu beachtenden Kampfmethoden bestimmen die Berufsorganisationen selbst. Beeinflussung außenstehender Kreise lehnen sie ab.

Der Kongress der Internationalen Vereinigung der Fabrikarbeiterverbände, abgehalten am 29., 30. Juni und 1. Juli 1926 in Kopenhagen, erklärt sich bereit, die russischen Organisationen in das Internationale Sekretariat aufzunehmen, vorausgesetzt, daß diese russischen Organisationen im russischen Gewerkschaftsbund den Antrag einbringen und vertreten, daß der russische Gewerkschaftsbund sich dem IWA anschließen.

Der russische Vertreter Dobraowski erhält als Gast das Wort und berichtet, daß sie seit mehreren Jahren beabsichtigen, in die Internationale der Fabrikarbeiter einzutreten. Für sie handle es sich um einen einfachen Zutritt zur Internationale. Alle Klassenkampforganisationen der Chemiarbeiter sollen erfasst werden. Jetzt wird zum erstenmal ein Entgegenkommen gezeigt, aber die Vorbedingungen zur Aufnahme sind für die Russen unerfüllbar. Sie zählen in ihrem Verband 375 000 Mitglieder aus der chemischen, Papier- und Zucker-Industrie. Viele kleinere Landesverbände werden ohne Bedingungen aufgenommen, viele sind aufgenommen.

ohne daß sie Mitglied im Internationalen Gewerkschaftsbund sind. Die Russen haben die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund gewollt, aber auch dort waren die Vorbedingungen krankend. Die Fabrikarbeiter-Internationale erfaßt nicht die Vereinigungen in Frankreich, England und Rußland, habe inselbedessen auch kein Recht zu diesem Namen. Die Engländer haben erklärt, daß für sie kein Nutzen aus der Internationale zu ersehen sei. Sie zweifeln also mit den Russen an dem Erfolg der Internationale der Fabrikarbeiter. Die Meinungsverschiedenheiten liegen vor allen Dingen in der Auffassung über den Klassenkampf. Die Führer der Amsterdamer sind für Arbeitsgemeinschaften, sind Diener der Unternehmer. Trotzdem gebe es viele Fragen, die gemeinschaftlich geregelt werden sollten. Die englischen Arbeiter seien bei ihrem großen Streik nicht genügend von der Internationale unterstützt worden. Die Russen hätten ohne Bedingungen größere Mittel zur Verfügung gestellt. Die Russen sind mit der Entschliebung der norwegischen Delegation nicht einverstanden, sie stellen dazu mehrere Änderungsanträge. Unter Annahme dieser Änderungsanträge soll ihr Verband angenommen und damit die Einheitsfront wie d e r hergestellt werden. Er besondert zum Schluß noch einmal, daß sie einen Druck auf den russischen Gewerkschaftsbund ablehnen. Es sei Schuld der Amsterdamer, wenn sie mit der russischen roten Gewerkschaftsinternationale nicht zur Verständigung gekommen sind.

Fassin (Belgien) sieht keinen zwingenden Anlaß, nach diesen Ausführungen die Russen aufzunehmen. Nach drei Jahren haben sie noch denselben Standpunkt wie in Wien. Wenn auch die eine Richtung der russischen Gewerkschaften den Anschluß an Amsterdam will, so ist das noch keine Mehrheit. Stenhuis hat heute eine Absicht erhalten. Die Russen betreten die von ihm geschlagene Brücke nicht. Die Russen beantragen die Aufnahme in eine internationale Organisation, die nach ihrer Meinung ihre Mitglieder an die Unternehmer verkauft. Diese Einstellung würde einen scharfen Kampf innerhalb der Internationale hervorrufen. Es hat also wenig Zweck, sich weiter mit diesen Anträgen zu beschäftigen, nachdem die Russen es ablehnen, auf die Herstellung einer einheitlichen Internationale in der Gewerkschaftsbewegung hinzuwirken.

Bratwold (Norwegen) bittet, die Anschlussfrage nicht vom politischen, sondern vom sachlichen und gewerkschaftlichen Standpunkt anzusehen. Er empfiehlt, nach Rußland zu gehen, um dort zu lernen und sich zu überzeugen. In Rußland gehe es der Arbeiterschaft gut. Er wendet sich aber gegen die Absicht der Russen, durch eine eigene Erklärung und Zusätze die norwegische Resolution zu erweitern. Diese Erweiterung sei auch für die Norweger unannehmbar.

Die Stellung der deutschen, österreichischen und tschechischen Delegationen bekundet Thiemig (Deutschland) und begründet zu gleicher Zeit die von ihnen vorgelegten Änderungsanträge. Er bedauert, dem Antrag der Norweger nicht folgen zu können. Die nunmehr ergänzte Resolution wird als das Mindestmaß bezeichnet, um eine klare Stellung der Internationale und ihrer Aufgaben zu bekommen. Nachdem die Russen abgelehnt haben, auf die Einheit in der gesamten Gewerkschaftsbewegung hinzuwirken, ist eine weitere Aussprache überflüssig. Die deutschen Gewerkschaften wollen sich nicht abdrängen lassen von bisherigen Wege. Mittel und Wege für den gewerkschaftlichen Kampf zu suchen und zu beschließen, ist gewerkschaftliche Aufgabe. Sie lehnen die Vorherrschaft, Herrschaft, den Einfluß und die Führung anderer Kreise, politischer Parteien oder gar Regierungen ab. Selbst wenn die Russen das Versprechen gegeben hätten, im russischen Gewerkschaftsbund auf den Anschluß an den IGB hinzuwirken, würde uns das nicht befriedigen, denn es kommt nicht auf den Wortlaut eines Versprechens, sondern auf den Geist in der Internationale an. Aus den Ausführungen des russischen Vertreters sprach kein Geist der Versöhnung, aus ihren Berichten geht hervor, daß sie auch in der Zukunft den Brüdernverbänden, mit denen sie eine Internationale bilden wollen, Bekämpfung und Beschimpfung zufügen wollen. Deutschland hat in seiner Gewerkschaftsbewegung so bittere Erfahrungen machen müssen, daß es mit größter Vorsicht den Leuten gegenübersteht, die auf der einen Seite Bekämpfung und Beschimpfung ausüben, auf der anderen Seite aber von der Einheitsfront reden. Das Versprechen, beim russischen Gewerkschaftsbund einen Antrag einzubringen, genügt uns nicht. Wir wollen ein Bekenntnis zur tatsächlichen Einheitsfront. Es sei nicht Schuld der bestehenden Internationale, wenn jetzt von den Russen die Einheit wieder hergestellt werden müsse. Man hätte diese Einheit ja nicht zu zerstören brauchen. Die von den Russen angegebenen Mitgliederzahlen würden zweifellos eine Nachprüfung erfahren müssen. Nach dem Stand der Industrie können diese Zahlen nicht stimmen.

Rüh (Norwegen) bezeichnet die von ihnen eingebrachte Resolution als gut und ihren Willen als unumstößlich. Der Zweck der Internationale ist es, stark zu sein und den Kampf gegen den Kapitalismus führen zu können. Sachliche und gewerkschaftliche Argumente sprechen für die Aufnahme der Russen ohne Vorbedingungen. Der englische Generalkreisk sei von ihnen selbst nur unterstützt worden. Die Internationale der Fabrikarbeiter sei nicht so stark, um auf Rußlands Mitarbeit verzichten zu können. Nachdem diese das Statut anerkennen, ist ihrem Eintritt nichts im Wege.

Stenhuis: Die Russen haben unseren Vorschlag und damit die Brücke der Verständigung abgelehnt. Bei uns wollen sie in die internationale Verbandsorganisation aufgenommen werden, den Anschluß an den IGB. Lehnen sie aber ab. Der Vorwurf der Norweger, man möge nur von sachlichen, nicht von politischen Gründen sich leiten lassen, ist unberechtigt. Weder im Bericht, noch in der Resolution, noch in der Begründung ist ein solcher politischer Grund vorhanden. Der Einwand, es seien in der Gewerkschafts-Internationale auch Verbände, die dem IGB nicht angehören, trifft zu. Diese gehören aber auch nicht dem roten Internationalen Gewerkschaftsbund an. Dessen Ziel ist aber nach wie vor, die Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale zu zerbrechen. Würden die Norweger sich nicht mit dem IGB trennen, sondern sich auch dem russischen Gewerkschaftsbund anschließen, dann müßte auch eine Trennung von unserer

Fabrikarbeiter-Internationale erfolgen. Andere Länder haben auch für die englische Arbeiterschaft gemeldet und Gelder aufgebracht. Für uns geht es nicht nur um die Einheit der Arbeiterschaft in der chemischen Industrie, sondern für alle Industrien. Deshalb wollen wir nicht nur eine Einigung für einen Bruchteil, sondern für den ganzen IGB. Die Versuche des IGB sind vor der Gründung der roten Gewerkschaftsinternationale nur auf wenige böhmische Antworten gestoßen. Die Vorwürfe, die Amsterdamer Internationale treibe Arbeitsgemeinschaftspolitik, seien am besten zu beantworten mit dem Hinweis auf die deutschen Ausgaben für Streikunterstützung, den dänischen Arbeitskampf und viele andere Wirtschaftskämpfe. Die Russen haben eine solche selbständige Gewerkschaftsbewegung und solche Kämpfe nicht aufzuweisen.

Die Annahme der nunmehr abgeänderten Resolution wird richtunggebend sein bis zum nächsten Kongress. Wenn bis dahin die Russen zu einer Verständigung nicht bereit sind, braucht sich der nächste Kongress mit dieser Frage nicht wieder zu beschäftigen.

Jürgens (Holland) hält die weitere Aussprache für zwecklos. Die Russen wollen die von uns vorgeschlagene Verständigungsgrundlage nicht. Er beantragt deshalb, ohne Abstimmung über eine Resolution zur Tagesordnung überzugehen.

Dobrawolski (Rußland) erbittet noch einmal das Wort, um einige Feststellungen zu machen. Er behauptet, die russischen Verbände sind nicht abhängig von russischen Parteien oder der Regierung. Sie sind frei in ihren Handlungen. Mit der kommunistischen Partei sind sie einig und verstecken sich auch nicht. Die armen Landesverbände sind ebenso politisch orientiert, wenn auch nicht kommunistisch, sondern sozialistisch. In Rußland gibt es keine zwangsmäßige Mitgliedschaft. Das betreffen die 10 Prozent Unorganisierte. Der Zweifel an der von ihnen angegebenen Mitgliederzahl von 375 000 ist unberechtigt. Er ladet die Internationale ein, durch eine Kommission an Ort und Stelle Erkundigungen einzuziehen.

Demgegenüber stellt Stenhuis fest, Lomski habe in einer gewerkschaftlichen Sache im Namen der kommunistischen Partei geantwortet. Die Mitglieder der Internationale sind in vielen Fällen Sozialisten. Diese versuchen aber kein Diktat über die Gewerkschaften.

Bratwold (Norwegen) bedauert die Einstellung der Russen. Wenn sie mit ehrlichem Willen zu einem Anschluß an die Internationale gekommen wären, war die Resolution der Norweger die richtige Grundlage. Er zweifelt an dem guten Willen der russischen Delegation.

Vorsitzender Brey: Der Vorschlag der Belgier und Holländer, einfach zur Tagesordnung überzugehen, ist gangbar, aber nicht gut. Die heutige Aussprache soll nicht spurlos verfliegen. Der Kongress muß bekunden, unter welchen Bedingungen die Russen aufgenommen werden sollen. Kommen die Russen noch einmal mit einem solchen Antrag, dann brauchen sie nur einfach eine Willenserklärung abzugeben, daß sie nachträglich unsere Richtlinien anerkennen. Wenn ja, braucht der nächste Kongress nur ihre Aufnahme zu beschließen. Wenn nein, braucht er sich gar nicht damit zu beschäftigen. Er ersucht die Holländer, ihren Vorschlag zurückzuziehen.

Die Russen sind nunmehr ohne Einschränkung für die norwegische Resolution und ziehen ihre Erweiterungsanträge zurück. Die Norweger wünschen namentliche Abstimmung. Diese erfolgt nunmehr getrennt. Mit 48 gegen 18 Stimmen wird zuerst die Ergänzung Thiemig-Parisch beschlossen und dann mit dem gleichen Stimmenverhältnis die gesamte Resolution angenommen. Die Belgier und Holländer stimmen in beiden Fällen dagegen und erklären nach der Abstimmung, daß ihnen beide Willenserklärungen zu weit gehen, da sie unter den heutigen Verhältnissen und bei der heutigen Einstellung der Russen für deren Aufnahme überhaupt nicht sein können.

Die Donnerstagsverhandlungen beschäftigen sich mit der Lage der Papier-Industrie. Der Sekretär Stenhuis hält das einleitende Referat und schildert die Entwicklung der Papier-Industrie, beginnend mit der Erfindung des Papiers im großen Altertum bis zur heutigen modernen Papiermaschine. Aus der Statistik, die im vorigen Jahre vorgelesen wurde, führt er die Löhne und die Arbeitszeit in den angeführten Ländern an, wobei er insbesondere bei der Schilderung deutscher Verhältnisse auf unsere Verhältnisse: Organisationsverhältnis, Löhne und Arbeitszeit Bezug nimmt. Stenhuis schlägt vor, daß der IGB, den Versuch macht, durch das Internationale Arbeitsamt auf die Ratifikation des Washingtoner Abkommens hinzuwirken.

Als erster Redner folgt Bratwold (Norwegen), der aus dem Bericht sehr interessante Schilderungen erfahren hat. Die vorgelegte Resolution möchte er aber nicht annehmen, da die Rohstoff- und Transportverhältnisse ganz verschieden sind. Außerdem sei ihm das vorgelegte Material unzureichend und nicht ohne weiteres kontrollierbar und durchschlagend.

De Jonge (Holland) hat mit Interesse die Berichte gehört, bedauert aber, daß die Delegierten nicht vorher von den Einzelheiten Kenntnis erhielten. In einer Branchenkonferenz würde eine Verhandlung darüber viel eher möglich sein. Die Holländer legen Gewicht darauf, daß ihre in der Statistik angegebenen Lohnsätze Minimallohne sind und daß sie auch die 46-Stunden-Woche heute haben. Die Arbeiter der Papier-Industrie in den anderen Ländern müßten die gleiche Arbeitszeit erstreben.

Stähler (Deutschland) berichtet ausführlich über die Lage der Papier-Industrie in Deutschland und geht vor allen Dingen auf das Ergebnis der Statistik ein, das Deutschland in seiner Papierarbeiterlöhnen und in seiner Arbeitszeit als sehr zurückgeblieben bezeichnet. Die Ursachen liegen einmal in den Wirkungen des Krieges und der Inflation, vor allen Dingen aber auch in der Schwächung der Gewerkschaftsbewegung durch die ungeheure Zersplitterung. In Deutschland muß ja jetzt mit 10 Richtungen in der Gewerkschaftsbewegung gerechnet werden. Die deutsche Industrie ist heute nicht mehr so konkurrenzfähig wie vor dem Kriege. Trotz niedrigerer Löhne und längerer Arbeitszeit stellt sich der

Papierpreis in Deutschland höher als in den nördlichen Staaten. Das beweist der Druckpapierpreis, der am 30. Dezember 1925 an der Berliner Börse festgestellt wurde. Die vom Referenten vorgelegte Resolution hält er für undurchführbar. Die technischen Einrichtungen der Betriebe sind dazu viel zu verschieden. Er wäre dafür, wenn nur Druckpapier herausgegriffen würde und der Lohnanteil für diese Papierforte ermittelt werden könnte.

Kraher (Österreich) befragt, daß auch bei ihnen die Krise ihren Einzug hält. Infolgedessen würden Lohnerbhöhungen sehr schwer zu erreichen sein. Der Achtstundentag wird reflexlos durchgeführt. Ohne Zustimmung der Organisation ist die Verlängerung unmöglich. Rohstoffe sind bei ihnen genügend vorhanden. Es entwickeln sich aber Differenzen zwischen den Waldbesitzern und den Papierfabrikanten. Er weist besonders auch auf die Ferien hin und betont, daß ihre Unternehmer behaupten, die Belastungen durch den Arbeitsurlaub erschweren ihnen den Konkurrenzkampf.

Stenhuis hält ein kurzes Schlusswort, in dem er besonders die Schwierigkeiten bei der Durchführung internationaler Statistiken anerkennt. Er bittet die angeschlossenen Verbände, ihm Material zu übersenden.

Einige Wünsche der österreichischen Delegation, die eine andere Art der Statistik wollen und besonders auch die sozialpolitischen Einrichtungen erfassen möchten, werden dem Exekutivkomitee zur Beachtung überwiesen. Der Wunsch der Holländer, die eine Erzielung der 46-Stunden-Woche in der Resolution festzulegen wünschen, wird angenommen. Die deutschen Wünsche bei der eingebrachten Resolution werden berücksichtigt. Die so geänderte Resolution des Referenten wird einstimmig beschlossen.

Der Vorsitzende Brey schließt den Kongress mit dem Dank an die Teilnehmer und die Gastgeber, die alles versucht haben, um den fremden Delegierten den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu gestalten. Der Kongress hat in kurzer Zeit trotz der großen Schwierigkeiten, die die verschiedenen Sprachen mit sich bringen, gute Arbeit geleistet. Er schließt mit dem Wunsch auf gutes Gedeihen in der Fabrikarbeiter-Internationale.

Weltwanderungskongress.

(London, 22. bis 25. Juni 1926.)

Die Krise des Arbeitsmarktes, von der in erster Linie die europäischen Industriestaaten heimgegriffen sind und die, mit einigen Unterbrechungen, schon mit der Beendigung des Krieges begonnen hat, hat in allen betroffenen Ländern eine starke Neigung zur Auswanderung in der Arbeiterklasse hervorgerufen. Das Auswanderungsproblem wird dadurch kompliziert, daß in erster Linie Industriearbeiter von der Krise betroffen sind, und daß andererseits die Auswahl unter den Ländern, die Industriearbeiter in größerer Zahl aufnehmen könnten, nur äußerst gering ist. Eigentlich sind es überhaupt nur die Vereinigten Staaten. (Rußland, das objektiv auch in Frage käme, scheidet aus einer Reihe von Gründen aus der Betrachtung aus.) Aber gerade die Vereinigten Staaten haben durch eine Reihe von geschäftlichen Akten ihre Tore dem Einwandererstrom aus Europa so stark verriegelt, daß nur noch eine Mindestzahl von Einwanderern ins Land hineinkommt. Zudem sind die Bedingungen auch für die Zugelassenen so rigoros, daß Arbeiter, die aus Not ihre europäischen Heimat verlassen, kaum in der Lage sind, ihnen genügen zu können. Ähnlich liegt es in Australien, das auch wegen der hohen Reisekosten als Ziel für arme Auswanderer kaum in Frage kommt. Kanada nimmt nur landwirtschaftliche Arbeitskräfte auf. In den Ländern, die sich dem Einwanderer gegenüber gastlicher erweisen, fehlt es für große Massen von Industriearbeitern an Arbeitsmöglichkeiten. Die Arbeiter in der Landwirtschaft aber in diesen Ländern sind für die noch- und mitteleuropäischen Arbeiter zu schwer und namentlich aus klimatischen Gründen höchst ungesund.

England hilft sich z. B. wenigstens dadurch, daß es Arbeitslose, die sich zur Auswanderung bereithalten und dazu geeignet sind, in den eigenen Kolonien unterzubringen bemüht ist. Es wendet dafür in neuerer Zeit namhafte Mittel auf. England ist aber fast das einzige Land, das über Siedlungskolonien in größerem Ausmaß verfügt.

Der Arbeiterschaft fast aller anderen Länder ist der Massenabstrom in fremde Länder, namentlich in Übersee, so gut wie verhasst. Und doch drängen ungezählte Tausende zur Auswanderung.

Es ist daher eine verhängnisvolle Tat, daß der IGB, sich entschlossen hat, einen Weltkongress einzuberufen (gemeinsam mit der Sozialistischen Arbeiter-Internationale), der sich mit diesem Problem zu beschäftigen hatte.

Der Kongress, auf dem der IGB durch Knoll vertreten war, hat die Frage nach jeder Richtung hin eingehend geprüft und festgestellt, daß es sich hier um eine Erscheinung handelt, die mit der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise in engster Beziehung steht. Er hat aber auch deutlich erklärt, daß durch die Auswanderung diese Krise nicht behoben werden kann. Er hat aber natürlich auch alle möglichen Erleichterungen für die Massen, die auswandern können und wollen, gefordert. Die Mehrheit des Kongresses war für absolute Freizügigkeit; die Vertreter der Einwanderungsländer haben sich jedoch sehr lebhaft gegen diese Auffassung gewendet, aus Gründen, die man nicht ohne weiteres in den Wind schlagen kann. Der Kongress hat sich nicht der Einheit verschließen können, daß das Andringen starker Arbeitermassen nach Ländern mit besseren Wirtschaftsbedingungen eine Gefahr für die eingesehene Arbeiterschaft werden kann. Er hat deshalb nach Wegen gesucht, die eine solche Gefahr nach Möglichkeit beschränken und aufheben.

Der Kongress hat seine Arbeit in folgenden Forderungen und Beschlüssen zusammengefaßt:

- I. Staatliche Wanderungsämter und Internationales Wanderungsamt. Der Kongress ist der Ansicht, daß in jedem Lande ein staatliches Wanderungsamt errichtet werden soll. In dem die gewerkschaftlichen Organisationen eine angemessene Vertretung haben. Überdies soll ein Internationales Wanderungsamt, ebenfalls mit angemessener Vertretung der Gewerkschaften, im Rahmen des Internationalen Arbeitsamtes geschaffen werden, um
 1. Internationale Abkommen und Empfehlungen über das Wanderungswesen zu formulieren.
 2. ausführliche und zuverlässige Auskünfte bezüglich der Wanderung zu erteilen.

II. Aufgaben der staatlichen Wanderungsämter. -- Rechte der Einwanderer in den Einwanderungsländern.

Der Kongress fordert das strenge Verbot jeder Propaganda für die Auswanderung von Seiten der privaten Transportunternehmungen und die Abschaffung aller privaten Wanderungsagenturen. In diesem Zweck empfiehlt er, daß überall, wo solche noch nicht bestehen, staatliche Wanderungsämter errichtet werden, um den Auswanderenden Rat und moralischen Beistand zu gewähren. In diesen Ämtern müssen die Gewerkschaftsrepräsentanten ausreichend vertreten sein. Diesen Ämtern soll die Aufgabe übertragen werden, für den Entwurf und für die Annahme von Gesetzen, über die Abschaffung aller privaten Wanderungsagenturen zu sorgen; ferner für die Bekämpfung unethischer und unzulässiger Information betreffend die Löhne usw. in den Ein-

wanderungslandern; für die ärztliche Untersuchung der Auswanderer vor der Abreise, die Vorzüge für gute Reiseverhältnisse, den Empfang der Auswanderer in den Einwanderungslandern und ihre Überführung in die Orte, wo sie leben und arbeiten werden.

In jedem Lande muß die Gesetzgebung allen eingewanderten Arbeitern, sowohl männlichen als weiblichen, bezüglich der Löhne und der Arbeitsverhältnisse gleiche Rechte mit den eingeborenen Arbeitern sichern. Der unläuterer Anwerbung von Auswanderern muß ein Ende bereitet werden, indem alle Wanderungsagenten und alle anderen Personen, die deren Geschäftsinteressen vertreten, für jeden Schaden haftbar gemacht werden, der den Auswanderern insbesondere durch den Bruch der bestehenden Bestimmungen oder der zwischenstaatlichen Verträge entsteht.

Der Kongreß verlangt die Abschaffung der Gebühren für Pässe und Visa für Emigranten in den Durch- und Auswanderungslandern.

III.

Die Lage der Einwanderer auf dem Gebiet der Sozialversicherung.

Der Kongreß empfiehlt, daß alle Arbeiterorganisationen zusammenarbeiten, um für die einwandernden Arbeiter allseitig gleiche Behandlung auf allen der in dem Einwanderungslande gesetzlich eingeführten Sozialversicherungen zu erwirken. Angehörige der unterschieden im Stand der Sozialgesetzgebung der verschiedenen Länder begrüßt der Kongreß die auf die Vereinheitlichung dieser Gesetzgebung gerichtete Wirksamkeit des Internationalen Arbeitsamtes und empfiehlt die Förderung dieser Bestrebungen sowie die Ausdehnung auf jede Form der Sozialversicherung (Unfallversicherung, Arbeitslosen-, Kranken-, Invaliditäts-, Alters- und Lebensversicherung, Witwen- und Waisenpension). Er tritt ferner dafür ein, daß alles getan wird, um die allgemeine Annahme der Prinzipien der gegenseitigen Behandlung herbeizuführen.

IV.

Organisierung der Einwanderer.

Der Kongreß empfiehlt dem IWA, alle nötigen Vorkehrungen zu treffen, um die Organisierung der einwandernden Arbeiter zu fördern.

Im Hinblick auf die gewerkschaftliche Organisation empfiehlt der Kongreß ferner:

1. daß von den dem IWA angeschlossenen Landeszentralen und den internationalen Berufssekretariaten internationale Anordnungen für die sofortige und reibungslose Überführung der einwandernden Arbeiter von den Organisationen ihres Herkunftslandes in die kompetenten Verbände des Einwanderungslandes getroffen werden;
2. daß die Gewerkschaftszentralen durch Propaganda aller Art die Organisierung der einwandernden Arbeiter in den Gewerkschaften fördern, unter der Bedingung, daß ausländische Arbeiter nur mit der Zustimmung der Landeszentralen in besonderen Sektionen organisiert werden, und
3. daß die Gewerkschaftszentralen sich bemühen sollen, in Bezug auf gewerkschaftliche Leistungen jeder Art den eingewanderten Mitgliedern eine gleiche Behandlung zuzusichern.

V.

Unbeschränktes Recht auf Arbeit.

Der Kongreß fordert die Beseitigung aller Beschränkungen des Rechts auf Arbeit für gewisse Arbeiterkategorien, die zur Folge haben, diese Arbeiter aus der Heimat zu treiben.

Das faschistische Arbeitsgesetz.

Von Valmo Carnevalli.

In der Begründung, die der italienische Parlamentsantrag dem Entwurf des neuen italienischen Arbeitsgesetzes beigegeben hat, stehen die bezeichnenden, der faschistischen Weltanschauung genau entsprechenden Worte:

Der faschistische Staat hat die Pflicht, alle lebendigen Kräfte des Landes ohne Ausnahme zu beherrschen und zu regulieren, er muß alle Kräfte in eine den Interessen der Nation parallele Richtung lenken. Der faschistische Staat kann nicht wie das liberale oder das demokratische Regime zulassen, daß die gewaltigen Kraftreserven der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen den politischen Parteien bei ihren Wahlmanövern und ihren parlamentarischen Auseinandersetzungen zur Verfügung stehen. Der faschistische Staat sieht in diesen Organisationen die Quelle des künftigen Nationalvermögens. Industrie, Handel, Landwirtschaft, Gewerbe und Handwerk müssen zu immer höherer Vollkommenheit ihrer Erzeugungsmethoden geführt werden; der Staat aber muß als höchster und unparteiischer Richter zwischen den sozialen Klassen vermitteln, er muß ihre Beziehungen untereinander regeln und das friedliche Zusammenleben und Zusammenarbeiten aller sozialen Schichten erzwingen.

Wie die Banken die Sammelbecken des Kapitals sind und die wachsende Kraft des Geldes steigern, so sind die Gewerkschaften Sammelbecken und Kraftsteigerungsstellen des Kapitals der Proletariat — der Arbeitskraft. Der faschistische Staat reißt die Führung der Gewerkschaften an sich, um selbstherrlich jede ihrer Bewegungen zu regeln und zu dämpfen, während er den Kraftreserven des Kapitals, den Banken und den großen Industrieunternehmen freies Spiel gewährt. Nichts ist zu merken vom faschistischen Dämpfungseifer, wenn kapitalistische Unternehmen Raubzüge gegen die Verbrauchermassen organisieren.

Arturo Labriola bemerkt zu dem neuen Arbeitsgesetz, daß es der Faschismus als Ruhmestitel betrachtet, die Streiks abgeschafft zu haben. Wo aber bleibt die wirtschaftliche Freiheit des Arbeiters, wenn in seinem Kampfe um bessere Löhne die Waffe der verabschiedeten Arbeitsniederlegung aus der Hand geschlagen wird? Mit dem Streikrecht fällt die Freiheit des Arbeiters. Und noch schlimmer ist es, wenn die Arbeiter nicht mehr das Recht haben sollen, ihnen zuzugewandene Gewerkschaften zu bilden oder sich nach freiem Ermessen für den Anschluß an diese oder jene Gewerkschaft entscheiden zu können; wenn sie sich zwangsweise Gewerkschaften anschließen müssen, die von der Regierung oder von der Regierungspartei abhängen und daher Regierungspolitik treiben müssen. Die Freiheit der arbeitenden Klassen wird vom Faschismus dem Staatsgedanken untergeordnet; der Staat wirft sich auf zum Herrn des Proletariats; das entsprechende Gegenstück auf der kapitalistischen Seite aber fehlt. Die selbständigen Gewerkschaften der Arbeiter werden mit einem Federzuge ausgelöscht — die Industriellen- und Agrarverbände aber bleiben unabhängig bestehen; die Arbeiter werden in die faschistischen Korporationen getrieben — für die Mitglieder der Unternehmerorganisationen gibt es keine Zwangsverbände der Regierung.

Durch das faschistische Gesetz werden alle erstklassigen Beziehungen entstehenden Streitigkeiten — drehe es sich nun

um die Anwendung bereits bestehender Verträge oder um die Förderung nach Änderung der Arbeitsbedingungen — in obligatorischer Weise der Zuständigkeit der Appellationsgerichtshöfe unterstellt. Die gleichen Gerichtshöfe sind in verbindlicher Weise zuständig für alle Streitigkeiten wegen neuer Arbeitsbedingungen, die zwischen Unternehmern und landwirtschaftlichen Arbeitern oder zwischen Unternehmungen öffentlicher Natur oder öffentlichen Interessen und ihren Arbeitern entstehen. Bei Streitigkeiten wegen neuer Arbeitsbedingungen zwischen anderen Gruppen von Unternehmern und Arbeitern ist die Zuständigkeit der Appellationsgerichtshöfe zwar nicht ohne weiteres verbindlich; sie wird es aber, sobald beide streitenden Teile ihre Zuständigkeit einmal erwählt haben. Bei jedem der sechzehn in Italien bestehenden Appellationsgerichtshöfe wird je eine besondere Abteilung für Arbeitsstreitigkeiten gebildet, die mit drei Richtern und zwei vom Gerichtspräsidenten auszuwählenden Sachverständigen besetzt wird.

In allen jenen Streitfällen, in denen der Appellationsgerichtshof von Gesetzes wegen zuständig ist oder freiwillig als zuständig anerkannt worden ist, ist sowohl Aussperrung als Streik verboten. Unternehmer, die dieser Bestimmung zumiderhandeln und zwecks Erzwingung von Vertragsänderungen ihre Betriebe stilllegen, werden mit Haft von drei Monaten bis zu einem Jahre und mit einer Geldstrafe von zehn- bis hunderttausend Lire bedroht. Derselben wird allen Arbeitern und Angestellten, die zu dem gleichen Zwecke und auf Verabredung in einer drei Mann übersteigenden Anzahl die Arbeit verlassen oder sie in einer Weise leisten, daß der ordnungsgemäße Gang des Betriebes gestört wird, Haft von einem bis zu drei Monaten angedroht. Adressführer oder Organisatoren solcher Streiks werden mit Haft nicht unter einem Jahre und mit einer Geldstrafe von zwei- bis fünftausend Lire bedroht.

Wir sehen, der Faschismus beauftragt mit schlanker Gestalt die Gerichte, die schwierigsten Probleme unseres Jahrhunderts zu lösen. Nun hat aber, seit die Welt steht, noch nie ein Gericht ein Problem gelöst, immer war das Vorhandensein und die Tätigkeit der Gerichte der Beweis des Vorhandenseins ungelöster Probleme.

Wir wollen uns nicht mit der Erörterung der Frage nach der Unparteilichkeit und der Unabhängigkeit der Gerichte aufhalten. Wichtiger erscheint uns die Frage: Ist der Zweck des faschistischen Arbeitsgesetzes der, das ungestörte und gleichmäßige Fließen der privaten Kapitalrente zu sichern, oder soll wirklich die Erzeugung gehoben werden? Wird das Arbeitsgesetz für die Allgemeinheit ein Segen oder ein Fluch werden?

Für den Faschismus regeln sich alle diese Fragen kurz und mit der Abschaffung des Streiks. Das Streikverbot, das die Faschisten als großen Fortschritt feiern, ist aber in Wirklichkeit ein Schritt rückwärts, denn es bedeutet die Abschaffung einer der längsten Errungenschaften des Proletariats. Was bietet der faschistische Staat der arbeitenden Klasse als Gegenwert für diese Beschränkung ihres wichtigsten Rechts, für die Anstieferung ihrer stärksten Waffe? Er übernimmt die Verteidigung der Rechte der Arbeiter in seine eigene Regie. Ist nicht der Verdacht gerechtfertigt, wenn er das tut, daß er es nur tut, um sie zu unterdrücken? Liegt überhaupt die Unterdrückung des Klassenkampfes im Interesse der Produktion? Mit der fortschreitenden Entwicklung der Produktion tritt immer deutlicher die Tatsache in den Vordergrund, daß der Klassenkampf ein Lebensmoment der Produktion ist. Immer deutlicher wird dabei aber auch, daß der Staat lediglich die Aufgabe hat, für Ordnung und Sicherheit zu sorgen, daß es aber am besten ist, wenn er sich allen Klassenbewegungen gegenüber gewissenhafter Unparteilichkeit befleißigt. Nie wird staatliche Vormundschaft, bürokratische Regelung und Richterspruch das einzig gerechte freie Spiel der Kräfte des Wirtschaftslebens ersetzen können. Wenn die Hand des kapitalistisch orientierten Staates in den Mechanismus der Wirtschaft eingreift, so kann nur Zwang, Ungerechtigkeit und Unterdrückung die Folge sein; wenn der Staat dazu aber noch faschistisch ist, so weiß man, daß der Unterdrückte stets der Arbeiter sein wird.

Wirtschaftliches.

Der neue Zollraub.

Die Reichsregierung hat in der Fürstenabfindungsfrage einmal durch den Volksentscheid und dann im Reichstag selbst eine empfindliche Niederlage erlitten. Darauf hat sie die mehrere Male angekündigten Konsequenzen gezogen und ist nicht zurückgetreten und hat den Reichstag nicht aufgelöst. Angeleglich ist Hindenburg klüger gewesen als die ganze Regierung, denn er hat den Weg aus der Klemme gesehen, der allerdings wieder in die Klemme hineinführen kann.

Und als ob sich die Regierungsparteien für diese Niederlage an der Arbeitnehmerschaft rächen wollten, haben sie, bevor sich der Reichstag bis zum 3. November vertagte, schnell noch den Hungerleibern den Brotkorb höher gehängt. Sie haben den Agrariern ein prächtiges Geschenk gemacht, indem sie die landwirtschaftlichen Zölle erhöhten. Die Herren haben die sozialdemokratischen Anträge, die entsprechend den Forderungen der Epigengewerkschaften eine Verlängerung der seit herigen Zollsätze für Getreide vorsehen, abgelehnt und stimmten für das von den Regierungsparteien vereinbarte Zollkompromiß. Diese Kompromißsätze treten am 1. August bereits in Kraft. Es ergibt sich nun folgendes:

	Bisheriger Autoromer Kompromiß	
	einmaliger Satz	Satz
	(in Reichsmark pro Doppelzentner)	
Roggen	3,00	7,00
Weizen	3,50	7,50
Stangerste	3,00	5,00
Futtergerste	3,00	7,00
Hafer	3,00	7,00
Leinwand	18,00	18,00
Frisches Fleisch	21,00	45,00

Die Agrarier freuen sich, und die Arbeitslosen müssen noch mehr darben als selber schon. Die Unternehmervertreter im

Reichstag, die Vertreter der Industriellen, die auch für den neuen Zollraub gestimmt haben, täuschen sich aber, wenn sie glauben, sie könnten ungestraft ihren agrarischen Freunden Vorteile zuschanzen auf Kosten der Arbeitnehmer. Jeder zu strapazierter Bogen muß einmal plagen. Abtrübselt die Verteuerung der notwendigen Lebensmittel einen weiteren Konsumrückgang und damit eine weitere Verschärfung der Krise. Das ergibt praktischen Anschauungsunterricht, zu dem der hungrige Magen die nötigen Erläuterungen gibt. Die bürgerlichen Parteien brauchen keine Sorge zu haben, daß ihre verdächtige Elite in der Zollfrage in Vergessenheit gerät. Sie werden eines Tages sehen: Alle Schuld rächt sich auf Erden!

Preisabbau — ein Verstoß gegen die guten Sitten.

Das Berliner Kammergericht hat unlängst ein Urteil gefällt, das selbst dem Dummkopf gegen die Hufschur gehen muß. In einer Klagesache gegen den deutschen Zigarettenhändlerverband wird von diesem Gericht folgende Feststellung gemacht: Die Firmen legen den Großhändlern stets die Verpflichtung auf, bei jedem Weiterverkauf den Kleinhandlern die Einhaltung der Preise zur Pflicht zu machen. Unterläßt der Großhändler es, dem Kleinhändler diese Verpflichtung aufzuerlegen, so verliert er seine Vertragspflichten gegenüber der Fabrik. Diesen Vertragsbruch mißt der Kleinhändler aus, um auf diese Weise in den Besitz von Zigaretten zu kommen. Verkauft er nunmehr die Zigaretten unter Preis, so liegt darin mit Rücksicht auf die Schädigung der vertragstreuen Händler ein Verstoß gegen die guten Sitten. Da mühen nun seit Jahren allerhand private und öffentliche Korporationen sich ab, um den Preisabbau vorwärts zu treiben, dann ein Gericht und stellt bezüglich eines Markennartikels fest, daß der Preisabbau wider die guten Sitten verstößt. Höher geht's nimmer!

Im Zeichen der Rationalisierung.

Die Ziffern der Erwerbslosen haben sich im Zeitraum eines Jahres (Mitte 1925 bis Mitte 1926) verzehnfacht.

Unterschiede Vollerwerbstätige u. d. der Gewerkschaftsmittglieder	im deutschen Reich	
	Arbeitslose	Kurzarbeiter
Juli 1925	195 000	5,7
Oktober 1925	268 000	5,8
1. Januar 1926	1 498 000	22,6
1. Februar 1926	2 030 000	22,0
1. März 1926	2 055 000	21,4
1. April 1926	1 042 000	18,6
1. Mai 1926	1 781 000	18,2
1. Juni 1926	1 744 000	—
15. Juni 1926	1 749 000	—

Die Regierung schätzt die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter auf 4 1/2 Millionen! Diese ungeheure Ziffer wird folgendermaßen errechnet: Im Juni gab es 1,75 Millionen unterstufte Vollerwerbstätige. Hinzu kommen 340 000 bereits Ausgesteuerte, etwa 20 Prozent der Vollerwerbstätigen, auf die sich die Fürsorge nicht mehr erstreckt; bei Rotkollarbeitern sind 170 000 Arbeitslose beschäftigt. Zusammen 2 1/2 Millionen. Die Zahl der Kurzarbeiter kann man wohl mit zwei Millionen ansetzen. Am größten ist die Arbeitslosigkeit in der Holzindustrie — im Baugewerbe — trotz der fortgeschrittenen Bauzeit — und in der Metallindustrie, während die Kurzarbeit in der Textilindustrie am umfangreichsten ist. Unter den Ungelernten ist die Arbeitslosigkeit größer als unter den Gelehrten. Trotz der ungeheuren Ausdehnung der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit sind die für die Erwerbslosenfürsorge ausgesetzten Summen viel geringer, als in der bürgerlichen Tagespresse vielfach behauptet wurde. Im Jahre 1925 wurden für Erwerbslosenfürsorge insgesamt 278 Millionen Mark verwendet, im laufenden Jahr in den vier Monaten Januar bis April 428 Millionen; im April allein 113 Millionen, wovon 40 Millionen auf Beiträge der Arbeitnehmer und Unternehmer entfielen, 15 Millionen auf die Gemeinden, der Rest wurde vom Reich und von den Ländern je zur Hälfte getragen.

Die Preisbewegung des letzten Halbjahres zeichnete sich darin aus, daß die Preise für Industrieprodukte fielen, während diejenigen für Agrarprodukte sich nach oben bewegten. Der Lebenshaltungsinde war am Schluß des Halbjahres um eine Kleinigkeit höher als am Anfang. Nach den Berechnungen des statistischen Reichsamts ergab sich hier folgendes:

Monatsd.	Großhandelspreise			Lebenshaltungsinde
	insgesamt	Agrarprod.	Industrieprod.	
Monatsd. 1913	100	100	100	100
Januar 1926	120	114,5	130,4	139,8
Februar 1926	118,4	112,4	129,5	138,8
März 1926	118,3	113,1	128,0	138,5
April 1926	122,7	121,5	124,9	139,6
Mai 1926	123,2	122,8	124,0	139,9
Juni 1926	124,6	125,0	123,7	140,5
am 30. Juni 1926	125,9	128,5	128,0	—

Die Insolvenzen haben von Monat zu Monat eine starke Abnahme erfahren. Dies geht aus der folgenden Zusammenstellung hervor:

	Konkurse	Geschäftsaufsichten	Wechselproteste
Januar 1926	2092	1553	32 199
Februar	1998	1573	20 026
März	1871	1481	16 153
April	1302	923	13 463
Mai	1046	691	8 799
Juni	919	482	—

Die Verbesserung der Liquidität hat den Unternehmungen die Ausschüttung des Gewinnes an die Aktionäre erleichtert. Von den 1021 Gesellschaften, deren Aktien an der Berliner Börse gehandelt wurden, haben 597 ihre Bilanzen veröffentlicht und ihren Dividendenbeschlüsse bekanntgegeben. Die 597 Gesellschaften verteilten eine Dividendensumme von 377,42 Millionen Mark. Das sind 5,6 Prozent des Aktienkapitals. Hierbei muß man bedenken, daß viele Gesellschaften keine Dividenden verteilten, sie sind aber in der obigen Statistik enthalten. Von den 597 Gesellschaften bestanden 1914 bereits 567. Diese verteilten im 1. Halbjahr 1914 die Summe von 646,08 Millionen Mark als Dividende oder 9,7 Prozent des Aktienkapitals. — Das Geschäftsergebnis der oben angeführten Gesellschaften für das 1. Halbjahr 1926 kann sich selbst für die Aktionäre sehen lassen. Eine Durchschnittsdividende von 5,6 Prozent ist glänzend zu nennen. Und wie sahnen die Arbeiter und Angestellten?

Frauenfragen.

Schutz den schwangeren Arbeiterinnen.

Der Jahresbericht der Sächsischen Gewerbe- und Aufsichtsbekanntmachung für 1925 enthält auf Seite 393 ein Gutachten über die Einwirkung der Fabrikarbeit auf den Gesundheitszustand der Schwangeren von Frau Dr. med. Dietrich. Das Gutachten ist speziell auf Textilarbeiterinnen zugeschnitten, immerhin ist der allgemeine Teil dieser Schrift gültig für alle Arbeiterinnen. Das Gutachten ist zum Abdruck im „Proletariat“ leider zu umfangreich, weshalb wir uns mit einigen wesentlichen Auszügen begnügen müssen.

Nach recht interessanten und wissenschaftlichen medizinisch-anatomischen Abhandlungen, und nachdem all die physischen und psychischen Momente hervorgehoben sind, die zu einer geringeren Widerstandsfähigkeit der Schwangeren gegen Krankheitserscheinungen aller Art beitragen, ja sie direkt für

Die verschiedensten Krankheiten disponieren, sagt die Verfasserin des Gutachtens:

Wenn wir uns nun alle diese rein sachlichen Momente gegenwärtigen und dazu in Betracht ziehen, daß von einem detaillierten, mit sich selber beschäftigten, weitestgehend beanspruchten, in Tausenden von Fällen schon von Haus aus unterwertigen Körper außer dieser Eigenleistung noch eine neunmündige Arbeitsleistung nach außen und nach dazu an der Maschine verlangt wird, so muß wohl jeder einmütigen logisch, volkswirtschaftlich und nicht zuletzt menschlich Denkende zugeben, daß damit das billigerweise von einem Menschen zu fordernde Maß bei weitem überschritten wird. Dieses Urteil ist in seiner ganzen Schärfe und Tragweite aufrechtzuerhalten, wenn es sich um Schwangere der letzten vier Monatsmonate (= 4x28 Tage) handelt. Fabrikarbeit der Schwangeren in dieser Zeit ist eine Barbarei für die Erzeugenden sowohl wie in noch viel höherem Maße für die Neugeborenen. Denn die Fabrikarbeit nimmt insofern eine besondere Stellung unter den Arbeitsformen ein, als sie an den Gang der Maschine geknüpft ist und damit eine besondere Einseitigkeit und Gleichförmigkeit erheischt und andererseits für die allermeisten Verrichtungen bis zuletzt den gleichen Kräfteaufwand verlangt, so daß auf die Ermüdbarkeit und die tatsächliche Ermüdung der beanspruchten Muskelgruppen keine Rücksicht genommen werden kann und der Körper irgendwie damit fertig werden muß.

Die Verfasserin des Gutachtens führt dann die zahlreichen möglichen und wahrscheinlichen Folgen der zu nahe an die Niederkunft heranreichenden Fabrikarbeit der Schwangeren an und befürwortet weitestgehenden Schwangerenschutz und damit den Schutz des Kindes.

Das Urteil einer Ärztin in der besprochenen Frage schäme wir sehr hoch und empfehlen allen Sozialpolitikern und insbesondere auch den in Frage kommenden Regierungstellen die Beachtung des erwähnten Gutachtens.

Arbeitende Frauen, schützt euch vor den Unfallgefahren!

Im Verlaufe des letzten Jahrhunderts wurde die Frau immer mehr aus der Hauswirtschaft in das öffentliche Leben gedrängt. Heute spielt sie im kapitalistischen Produktionsprozeß eine große Rolle. Nicht nur der Mann, sondern auch die Frau arbeitet in Fabrik und Bureau. Die Mehrzahl der Frauen unserer Tage sind nicht mehr ausschließlich Hausfrau und Mutter, sondern auch noch beruflich und erwerbstätige Persönlichkeiten. Aber nicht aus Neugier geht die Frau in die Fabrik, sondern aus Zwang, um des Erwerbs, um der Erhaltung des eigenen Lebens willen. Dies ist die Wesensfrage der kapitalistischen Frauen-erwerbsarbeit.

Die arbeitende Frau ist den schädlichen Wirkungen des kapitalistischen Produktionsprozesses noch mehr ausgesetzt als der arbeitende Mann. Auf der arbeitenden Frau lastet der Druck des kapitalistischen Systems noch stärker. Zum einen wegen ihrer Mutterpflichten und zum anderen, weil ihr auf Grund dieser Mutterpflichten noch mannigfaltige Aufgaben und Verrichtungen außer ihrer Erwerbsarbeit zufallen, d. h. ausgenutzt werden. So z. B. muß die arbeitende Frau, nachdem sie sich den Tag über in der Fabrik abgearbeitet hat, sich zu Hause in eine neue Arbeitsform begeben und das Hausweib besorgen.

Wenn wir sagen, daß die Frau den Wirkungen des kapitalistischen Produktionsprozesses voll und ganz unterworfen ist, so meinen wir damit, daß auch die arbeitende Frau dem Gefahrenstrom des Betriebes oder der Fabrik, in der sie arbeitet, unmittelbar ausgesetzt ist. Unter dem Gefahrenstrom des Betriebes verstehen wir die Unfall- und Gesundheitsgefahren, die durch die Betriebsarbeit gegeben sind. In Deutschland ereigneten sich in den letzten Jahren jährlich ungefähr vierhunderttausend Unfälle. Und mit einem großen Prozentsatz sind die Frauen an dieser Unfallziffer beteiligt. Dies ist durchaus nicht verwunderlich, denn in manchem Industriezweig, wie z. B. in der Textil-Industrie, ist die weibliche Arbeitskraft die vorherrschende.

Nicht wenig Unfälle sind darauf zurückzuführen, daß in der Benutzung der Werkzeuge, Maschinen und anderen Arbeitsgeräte nicht genügend genau verfahren wurde. Die Arbeitsgefahren werden nicht oder nur sehr wenig beachtet, vorhandene Schutzvorrichtungen nicht benutzt oder nur sehr wenig benutzt. Unfallverhütungsvorrichtungen übergangen und schließlich, weil bei vorhandenen Mängeln für deren Beseitigung nicht gesorgt worden ist.

Der arbeitende Mensch muß sich seinem Arbeitswerk anpassen. Ist er dies nicht, so leidet er sich der Gefahr aus, Gesundheit und Leben zu verlieren. Treibriemen, Transmissionsriemen, Räder usw. verlangen eben eine ganz besondere Verhaltensweise. Wenn man auch die höchste nicht vollständig beseitigen kann, so kann man doch die Unfallgefahren herabmindern. Und die arbeitende Frau bekämpft am besten die Unfallgefahren dadurch, daß sie sich der Schutzmaßnahmen bedient, die erlassenen Unfallverhütungsvorrichtungen genau beachtet und bei vorhandenen Mängeln (z. B. wenn Schutzvorrichtungen usw. fehlen) für dessen Abhilfe sorgt. Besonders auf die Verkleidung hat die Frau zu achten. Am zweckmäßigsten ist ein enganliegender Arbeitskittel. Auch die Haare sind zu beschützen (Bemerkung: Tragt Kapselhaar, die die kurze Haartracht ist die zweckmäßigste bei der Arbeit. D. B.)

Wird ein Unfall, den die arbeitende Frau erleidet, hängt sie nicht von der Beschaffenheit und Fortschritt ein, sondern auch das ganze persönliche und familiäre Leben erfährt eine gewaltige Veränderung. Die Frau und Wirtschaftsführung kommt in Unordnung. Die Kinder werden schlecht versorgt, sie entbehren die Mutter. Der Gatte verliert in seiner Hilfslosigkeit dahin. Große Geldausgaben entstehen. Fremde Hilfe ist notwendig usw.

Bei der Unfall von tödlicher oder schwerer Folge, dann werden die Verhältnisse noch trauriger und trostloser.

Gewiß ist es der Wunsch jeder arbeitenden Frau, daß sie und die Frau vor solchem Unglück verschont bleiben mögen. Und wenn die arbeitende Frau dies wirklich will, so darf sie nie und nimmer gegen die Gefahr des Unfalltodes verstoßen. Die arbeitende Frau soll sich mit ständig darauf denken: Alles steht auf dem Spiel, wenn sie die Unfallverhütung übergeht.

Arbeitende Frauen, schützt euch vor den Unfallgefahren!

E. P. E.

Anmerkung der Schriftleitung: Wir haben dem obigen Artikel Raum gegeben. Er behandelt eine Frage, die eine außerordentliche Bedeutung im Leben der Arbeiterin und auch des Arbeiters hat. Die Bekämpfung der Unfallgefahren. Wir wollen die entscheidenden Maßnahmen, die der Unfall entfallen können, zusammenfassen zu der allerersten Aufmerksamkeit empfehlen. Der 3. Absatz aber der Ergänzungen.

Das unangenehme Verhalten der Arbeiterinnen gegenüber Unfallgefahren, in denen Gebieten die Verhältnisse die ja ausschließlich und einzige Schutzmaßnahme erbietet, kann nur dort noch werden, wo bestimmte Voraussetzungen zusammenzutreffen: Kenntnis der Arbeitsgefahren durch ausreichende Belehrung im Betriebe, körperliche und geistige Eignung für die Arbeit an gefährlichen Maschinen und Arbeitsstätten, Willensfestigkeit, die fehlenden Schutzmaßnahmen und unfallverhütenden Vorsichtsmaßnahmen von der Betriebsleitung zu ermöglichen. Geben diese Voraussetzungen aber nicht an den meisten Arbeiterinnen? Denken denn die Arbeiterinnen über die Gefahren des Betriebes, über Arbeit in den Betrieben ausreichend nach? Werden sie auf ihre körperliche und geistige Eignung für gefährliche Arbeiten geprüft? Werden Schutzmaßnahmen bereitwillig getroffen?

Weiter: Um die Unfallgefahren in den Betrieben auf das Mindestmaß herabzumindern, müssen aber auch die Betriebsführungen und Arbeitsmethoden so beschaffen sein, daß sie Unfälle nach Möglichkeit vermeiden, sonst kann alles

unfällige Verhalten sie doch nicht verhindern. Diese Voraussetzungen können aber nur durch eine starke gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen geschaffen werden.

Die gewerkschaftliche Organisation gibt der Arbeiterin den Rückhalt, den sie bei der Kritik von Mängeln und Mißständen in den Betrieben bedarf. Sie kämpft für einen ausreichenden Lohn, der die Arbeiterin vor übermäßiger Arbeitslast, die die Unfallgefahr erhöht, schützt. Sie kämpft für eine kurze Arbeitszeit, die eine aufmerksamere Beobachtung der Arbeitsvorrichtungen physisch ermöglicht. Niedrige Löhne und lange Arbeitszeit sind die größten Hindernisse eines unfälligen Verhaltens bei der Arbeit. Je länger die Arbeitszeit und je niedriger der Lohn, desto größer sind auch die Unfallgefahren. Die Arbeiterinnen schaffen sich den besten Schutz gegen die Gefahren des Betriebes durch eine starke gewerkschaftliche Organisation, denn diese erst ermöglicht die Voraussetzungen eines erfolgreichen Unfallschutzes.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Gewerberäte in Pommern.

Vor einigen Wochen hat der Vorstand unseres Verbandes Beschwerden gegen den Gewerberat Lirpich in Stettin beim Ministerium für Handel und Gewerbe, Berlin, eingereicht. Dieser Gewerberat hatte es fertig gebracht, einem Industriellen der Chem. Industrie die Genehmigung zur Arbeitszeiterweiterung zu geben, trotzdem die Gewerkschaftsvertreter auf die entgegenstehenden Bestimmungen des Reichsrahmenvertrages der Chem. Industrie hingewiesen hatten. Erst das Ministerium für Handel und Gewerbe mußte den Herrn darüber belehren, daß er zu Unrecht die Erlaubnis zur Verlängerung der Arbeitszeit gegeben hat.

Vor einiger Zeit hatte die Gewerkschaft des Ganes 5 eine Ansprache beim Oberpräsidenten wegen der Stilllegungsaktion der Unternehmer. An dieser Ansprache nahm auch Herr Gewerberat Röse teil. Während dieser Ansprache bemerkte Gewerkschaftler Lechow, daß die Arbeiterschaft in Pommern kein Vertrauen mehr zu den Herren Gewerbeinspektoren hätte, und griff dabei besonders Herrn Gewerberat Röse an. Diese Feststellung sagte Herr Röse als eine Beleidigung auf. Wie berechtigt aber dieses Mißtrauen gegen ihn und die anderen Herren ist, wollen wir nachweisen:

In der erwähnten Unterhaltung kamen wir auch auf die Arbeitszeit in der Papierfabrik Feldmühle zu sprechen. Gewerberat Röse erwähnte hierzu, daß Direktor Benninger zu ihm gesagt habe, die Einführung der zwei Schichten resp. der zehnstündigen Arbeitszeit sei nur vorübergehend, und sobald sich die wirtschaftlichen Verhältnisse des Betriebes gebessert hätten, soll die achtstündige Arbeitszeit wieder eingeführt werden.

Unter dem 18. Mai d. J. ersuchte die Gewerkschaft schriftlich Herrn Gewerberat Röse, die Direktion an ihr Versprechen zu erinnern. Die Gewerkschaft wies darauf hin, daß in der Umgebung noch viele Arbeitslose wären. Das Resultat war - keine Antwort. Nach längerer Zeit rief die Gewerkschaft den Herrn telefonisch an, aber der Herr Gewerberat lehnte es ab, den Direktor der Feldmühle anzurufen, trotz des wiederholten Hinweises auf die in Stettin und besonders in der Nähe der Feldmühle vorhandenen vielen Arbeitslosen. Schon vor zwei Jahren hat derselbe Gewerberat, ohne die Organisationshinzuwischen, der großen Fabrik auf zwei Monate den Zusatzfundamenttag bewilligt.

In Jansow bei Köslin haben die Zündholzfabriken mit einem Male Aufträge bekommen. Nun möchten die Herren Direktoren am liebsten 60 Stunden pro Woche arbeiten lassen. Die Firma unterrichtete den Gewerberat von Köslin, warum man länger arbeiten müßte. Allerdings sagte der Gewerberat, daß zunächst mehr Arbeitskräfte eingestellt werden müßten, dann erst könne von einer Genehmigung zur Verlängerung der Arbeitszeit die Rede sein. Der Gewerberat hat aber in diesem Falle nichts zu genehmigen.

Dem Herrn Gewerberat zu Stolp ist wiederholt von unserer Geschäftsstelle mitgeteilt worden, daß in der Papierfabrik zu Rathsdamm recht umfangreiche Sonntagarbeit vorgenommen, daß sogar auf dem Hofplatz gearbeitet wird. Der Gewerberat untersucht diese Angaben aber nicht, sondern verlangt von unserer Geschäftsstelle, daß er genau angibt, wer arbeitet und wo in der Fabrik des Sonntags gearbeitet wird.

Wenn die Gewerberäte alle ihre Tätigkeiten so auffassen würden, dann stünde es nicht gut um die Wahrnehmung gesetzlicher und berechtigter Interessen der Arbeitnehmer.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Größenwahn von der Gelben.

Sie fühlen sich als die Vertreter von 70 Prozent der deutschen Arbeiterschaft. Die Gelben sind nämlich der ganz irrthümlichen Auffassung, alle heute nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen seien im gegebenen Falle Streikbrecher, seien Leute, die ihren Klassengenossen in den Rücken fallen. Aus dieser falschen Auffassung heraus glauben die Gelben sich ein Vertreterrecht für die Unorganisierten anmaßen zu können. So ist es aber nicht, wie die Gelben glauben. Wenn auch leider noch allzuvielen Arbeiter als Unorganisierte heranzulaufen, eine Gemeinschaft mit den Gelben lehnen sie doch entschieden ab.

Im Namen der Gelben haben die beiden Schmidts, nämlich Wilhelm Schmidt, M. d. L., Vorsitzender des Reichsbundes Vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine, und Dr. Erich Schmidt, Vorsitzender des Reichsbundes deutscher Angestellten-Vereine, eine Eingabe gerichtet an den Reichspräsidenten, an die Reichs- und die preussischen Staatsminister, an die Fraktionen und an die Abgeordneten des Reichstages und des Preussischen Landtages und an die Mitglieder des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates. In der Eingabe heißt es unter anderem:

Insolten dieses mehr als zwei Drittel starken Teiles der deutschen Arbeiterschaft (der Unorganisierten). Die Red. des Proletariats stehen Reichsbund Vaterländischer Arbeitervereine und Reichsverband deutscher Angestellten-Vereine als die schwebend, nicht auf den Klassenkampfgedanken eingestellten wirtschaftlichen Arbeitnehmer-Organisationen.

Die Parteien verlangen die in der Reichsverfassung festgelegte Vereinigungsfreiheit, die ihnen noch kein Mensch freizügig gemacht hat. Aber sie gehen noch weiter und verlangen die beherrschende Anerkennung der gelben Werkvereine als karrierefähige Korporationen. Ein solches Zustandnis ist aber gar nicht möglich an Organisationen, deren enge Verbindung mit den Unternehmern offen zutage liegt. Die gelbe Presse ist dafür zeigend. Außerdem verweisen wir auf unsere Artikel im Proletarier Nr. 6 bis Nr. 10, Jahrgang 1926, unter der Überschrift: Die Volkshochschule der Unternehmer. Dort ist der Nachweis geführt, daß diese sogenannte Volkshochschule gemeinsam von den Gelben und den Unternehmern gegründet ist und daß die Unternehmer die Kosten dafür tragen. Die Schule hat den Zweck, gelbe Köpfe auszubilden, ihnen logisches Denken anzutreiben. Wer in so enger Gemeinschaft mit den Unternehmern und in deren finanzieller Abhängigkeit steht, kann nicht Träger der Arbeiterbewegung sein.

Berichte aus den Zahlstellen.

Düsseldorf. Eine Zahlstellenleiterkonferenz des Ganes 16 hat folgende Resolution angenommen: Die Zahlstellenleiterkonferenz des Ganes 16 unserer Organisation erkennt an, daß im Jahre 1925 die Ausgaben des Verbandes für Arbeitslose, Kranke und kämpfende Kolleginnen und Kollegen eine Verringerung der Finanzen unserer Organisation notwendig machte.

Der Vorschlag der Finanzen dient der vom Verbandsrat beschlossene Ertragsbeitrag. Dieser war erforderlich, weil die Leistungen für Erwerbslosen-, Kranken-, Streik- und Verhaftungsfällen für die Hälfte der Einnahmen des Verbandes verzehrt. Die Lage des Arbeitsmarktes läßt eine weitere Steigerung der Ausgaben erwarten. Deshalb bittet die Konferenz die Beitragsregelung und erwartet von den Mitgliedern, daß die Ertragsbeiträge reiflos und pünktlich geleistet werden. Die Konferenz fordert die Verbandskolleginnen und -kollegen auf, einzutreten für den Ausbau der Organisation und für die Treue der Mitglieder zur Organisation.

Kundschau.

Die Kultur der Nächstenliebe.

Welche Gedanken im Kopfe eines Arbeitslosen, der sich zwischen Wohlhabenheit bewegen muß, ausgelöst werden, zeigt ein Brief, den einer der Existenzlosen an die Redaktion des Proletariats schrieb. Was aber dieser denkt und schreibt, das bewegt seelisch Laufende, ja Millionen andere Arbeitslose. Daß diese geistig denkende Masse irgendwie sozial das ganze Volk, den ganzen Staat beeinflussen muß, ist nur logisch. Der Arbeitslose schreibt unter dem obigen Titel:

Seit Wochen bin ich arbeitslos. Mein Weg zum Arbeitsamt führt mich durch ein der besseren Viertel der Großstadt. Hier ist gut wohnen. Schattige Kastanien schmücken die Straße, prächtige Villen schauen aus dem Grün der Gärten hervor. Wohlthuende Stille umgibt mich, kein aufpeitschender Straßenlärm ist in dieser Gegend zu hören. An einer Straßenecke ist ein Delikatessen-Geschäft. Mit riesigen Schaufelöffeln, in denen die ausgefuchsten Leckerbissen prangen, ist es vorwiegend für die Bedürfnisse der oberen Zehntausend eingerichtet. Arbeiterfrauen zählen hier nicht zur Kundtschaft. Aber sehen dürfen wir Hungerleider die aufreizenden Herrlichkeiten. Wie menschlich freundlich von dem Besitzer. Unwillkürlich bleibe ich manchmal vor dem Laden stehen. Auserlesene Weine sind da zu sehen. Der Inhaber ist stolz darauf, auch die raffiniertesten Wünsche der Gourmands befriedigen zu können. Feine Konserven, geräucherter Halm, frische Kiebitzer, zarter Lachsfilet sind im Fenster ausgestellt. An der Tür stehen Kisten, in denen rotbäckige kalifornische Äpfel und Apfelsinen liegen. Und dann wittert meine Nase den Geruch von Hühnerbraten. Richtig, im nächsten Schaufenster liegen mehrere gebratene Hähnchen braun und knusprig auf einem Porzellanteller. Mir läuft das Wasser im Munde zusammen. Einige blasse Arbeiterkinder, die neben mir stehen, schauen mit sehnsüchtigen Augen und vermußtlich mit ähnlichen Gedanken wie ich in die gleiche Richtung. Jörn erfasst mich plötzlich. Alles um mich atmet die Ruhe des fasten Wohlbehagens und absoluter Wohlstandigkeit. Ich komme mir vor wie ein Raubtier, dem man hinter einem Eisengitter das fästige Stück Fleisch vor die Nase hält. An solchen Geschäften kann man Betrachtungen über unsere fabelhafte und rohe Kultur anstellen, die sicherlich nicht zu deren Gunsten ausfallen. Mir ist es, als wolle man mit schmalziger Stimme sagen: Ja, wir haben es doch, ihr könnt ruhig verhungern. Man hat den Sozialismus höhnisch eine Magenfrage genannt. Trotz dem seine Gegner genau wissen, daß nur ein kalter Mensch sich für höhere Ziele erwärmen kann. Sie selbst aber, die von der Begehrlichkeit der unteren Klassen fesseln, schmelzen im Überfluß. Sie sind wirklich seltsame Heilige, unsere Herren Kapitalisten. Und an ihrem Wesen soll die Welt genesen? Man könnte lachen, wenn die ganze Sache nicht so unagbar traurig wäre.

Artur Jahr.

Das Karussell im Kopfe.

Die Deutsche Werksgemeinschaft Nr. 19 vom 9. Mai 1926, Organ der Gelben, brachte einen Artikel „Der Marxismus“. Da heißt es unter anderem krausen Zeug:

Der Arbeiter wird von den Führern des Marxismus (also wird der Marxismus gestiftet? Die Red.) zum Proletarier, zur Ware, zum Lohnknecht herabgewürdigt. Sie, die Gewerkschaftler, schaffen das Verhältnis wie Herr zum Knecht.

Sind denn die gelben Leser wirklich so dumm, daß man ihnen so etwas bieten kann?

Verbandsnachrichten.

- Die Abrechnung für das 2. Quartal haben eingefandt: Gau 1: Kl. Rheden, Peine, Minden. Gau 2: Burg, Hettstedt, Halbe, Köthen, Magdeburg, Osterburg, Stendal, Harzgerode, Lögau, Halberstadt, Eilenburg. Gau 3: Arnswalde, Brandenburg, Gr. Westen, Heegermühle, Kloster Jirna, Luckenwalde, Mittenwalde, Müncheberg, Rauen, Storkow, Töschin, Wittenberge, Jülichau, Frankfurt, Gransee, Sommerfeld, Jöfen, Flatow, Kemmel, Treuenbriegen, Schneidemühl, Perleberg-Krone. Gau 4: Zühlow, Goldberg, Grevesmühl, Jahnitz, Körlin, Loitz, Lübz, Schwaan, Garzard, Leterow, Woldegk, Barth, Grefsenhagen, Gütrow, Leopoldshagen, Swinemünde, Wittenburg. Gau 5: Wanzig. Gau 6: Oberkauffung. Gau 7: Großsch, Leipzig, Waldheim, Wurtzen. Gau 8: Artern, Lützen, Zeitz, Rastenberg. Gau 9: Altschiffenburg, Jülich, Zayreuth, Karlstadt, Köhlberg, Windsheim. Gau 10: Fleck, Meitzsch, Oberau. Gau 11: Wangen. Gau 12: Kreuznach, Rheinabern. Gau 13: Hanau, Mainz. Gau 14: Grevendroich, Krefeld, Solingen. Gau 15: Brunsbüttelkoog, Wüden, Icheue, Radeburg, Delmenhorst, Orlaborn, Flensburg, Südkstadt, Winsen. Gau 16: Ubars.

Literarisches.

Stück und Trilogie der Vererbung von Ernst Mahlbach. 96 Seiten mit 31 Abbildungen. 3. Nachbeilage des II. Jahrgangs der Urania-Monatshefte. Urania-Verlag G. m. b. H., Jena. Der Schriftleiter der „Urania“ stellt in diesem nach neuzeitlichem Geschmack angelegtesten Büchlein die Vererbung als das Beharrende im Entwicklungsprozeß des organischen Lebens dar. Er gibt ein Cirkelsystem der Vererbungslehre, in dem er zuerst eine Darstellung der Mendelschen Regeln in leichtverständlicher Weise darbietet, und die Vererbungslehre selbst wird eine Hilfswissenschaft, die uns zeigt, wie wir Menschen und Umwelt in manchen Einzelheiten verändern können, um sie mit größerer Anstrengung aus der Tragik des kapitalistischen Zeitalters zu befreien und dem Glücke des Sozialismus entgegenzuführen.

Die Franzosen. Jedes Heft 30 Pf., mit Schnittmusterbogen 40 Pf. In beziehen durch alle Postanstalten oder durch die Volksbuchhandlung.

Die Gemeinde erscheint am 1. und 15. jeden Monats und kann für 90 Pf. monatlich bezogen werden durch alle Postanstalten und Buchhandlungen oder direkt unter Kreuzband vom Verlag J. G. Dief Nachf., Berlin SW 68, Lindenstraße 4.

Betriebe neben der Papierfabrik eigene Zellstoff- und Holz-

Nach Castorf gestalteten sich die Gewinn-Ergebnisse der 47 Aktiengesellschaften für das Geschäftsjahr 1924/25 bzw. 1925 folgendermaßen:

Dividenden-Ausschüttungen der A.-G. in der Papier-erzeugung-Industrie im Geschäftsjahre 1924/25 und 1925.

Table with 4 columns: Zahl der Aktien-Gesellschaften, Aktienkapital in RM., Ausgeschaltete Dividende in Prozent, Ausgeschaltete Dividende in RM.

Das gesamte Aktienkapital dieser 47 Aktiengesellschaften beträgt 131 740 360 Mark. Davon wurden an Dividende ausgeschüttet 9 140 960 Mark, so daß sich eine Durchschnitts-Dividende von 6,94 Prozent ergibt.

Gemessen an der Verzinsung, die heute auf dem Kapitalmarkt üblich ist, kann die Durchschnitts-Dividende in der Papierfabrikation von rund 7 Prozent nicht als übermäßig hoch bezeichnet werden. Dabei ist aber zu beachten, daß auch im Jahre 1913 bei geringerem Aktienkapital nur eine Durchschnittsdividende von 6 Prozent erreicht wurde.

Betrachtet man weiter, daß nach der Stabilisierung der Währung die Umstellung von der Papiermark auf die Goldmark-Bilanzen von außerordentlichem Einfluß auf die Gestaltung der Gewinnquote ist, und beachtet man dabei, daß gerade die Papiererzeugungs-Industrie ihren Aktienbesitzern ungeheure Gewinnvorzüge dadurch zuschanzte, daß sie das Papiermarkkapital von 67 Aktiengesellschaften der gesamten Papiererzeugungs-Industrie im Werte von 1/10 Goldpfennig auf 176 157 982 G.M. aufwertete, so haben die Aktionäre der Papiererzeugungs-Industrie trotz der anscheinend niedrigen Dividende von rund 7 Prozent wahrhaftig keine Ursache, über eine schlechte Verzinsung ihres Aktienkapitals zu klagen.

Verschiedene Industrien

Mißbrauch öffentlicher Mittel

Die langandauernde Wirtschaftskrise ist für die Arbeiterschaft in der Wirtschaftskrise ein ständiges Mißbehagen, was in der Hauptsache durch den Mangel an Beschäftigung hervorgerufen ist.

bet ihren sozialpolitischen Maßnahmen Nachteile haben werden, denn den Blumenarbeiter hat man ja früher geradezu mit Pfennigen abgefunden. (Männer hatten Löhne von 23 bis 25 Pfennig.) Die geringen Abgabemöglichkeiten und die oben skizzierten Begleiterscheinungen lösen naturgemäß unter den Industriellen sehr starken Konkurrenzkampf aus.

Hier müssen vom Gesetzgeber umgehend Kaufleute geschaffen werden, die es ermöglichen, daß der Arbeitsnachweis, die Gewerbeaufsichtsamter, die Fachauschüßmitglieder und andere geeignete Aufsichtsglieder die Listen aller Heimarbeiter nach Wohnort, Hausnummer und Arbeitsstätte usw. in die Hand bekommen und verwenden können.

Nahrungsmittel-Industrie

Zollfreiheit für Margarinerohstoffe

Der Druck der holländischen Kapitalkonzerne von den Bergh und Jurgens u. Prinzen ist schier unerträglich geworden. Hier ist zuerst die Abgewandlung der Reklame zu nennen, welche der großen internationalen Kapitalkraft der ausländischen Kräfte auszuüben leiht ist, während der freien deutschen Margarinerohstoffe die finanziellen Mittel zu einer wirksamen Gegenwehr fehlen.

- List of products and quantities: 5 Pfund 1/2 Dsh. Frischkäse, weiß; 1 Pfund Margarine; 1 ganze Pfeffermühle; 1 Wasserhahn, gemauert; 1 ganze Emailwanne; 1/2 Dsh. Eisenblech, auf oder nach, oder 1/2 Dsh. Tafel aus Interlaken; 1 ganzes Goldschmiedewerk; 1 kastrierte Brotkiste; 1 Marmorbüchse; 1 Kaffeemaschine, Metall; oder andere gleichwertige Gegenstände.

Über die wirtschaftliche und finanzielle Kraft der beiden Margarinerohstoffkonzerne Jurgens u. Prinzen und von den Bergh geben ihre Geschäftsberichte Auskunft:

I. Van-den-Bergh-Gruppe. E. V. Holländische Vereinigung tot Exploitatie van Margarinefabrieken in Rotterdam. Die Gesellschaft, die bekanntlich die Muttergesellschaft der Firmen ist, verteilt für 1925 8 Prozent Dividende auf Stammaktien, 51,2 Prozent auf Vorzugsaktien, 6 Prozent auf die gewinnberechtigten Vorzugsaktien; auf neue Rechnung werden 402 105 Fl. vorgetragen.

II. Jurgens-Gruppe. N. V. Anton Jurgens Vereenigde Margarinefabrieken, Oß-Nijmegen.

Die Gesellschaft erzielte in dem Geschäftsjahr 1925 einen Reingewinn von rund 15 Millionen Gulden, woraus auf sämtliche Aktieninhaber 6 Prozent Dividende verteilt mit rund 9 Millionen Gulden vorgetragen werden.

Jurgens Ltd. Das englische Jurgens-Unternehmen die Jurgens Ltd., hat für 1925 zum ersten Male seit dem Jahre 1919 eine Dividende, und zwar 5 Prozent, ausgeschüttet.

Deutsche Jurgens in Hamburg. Die Gesellschaft verteilt für das Geschäftsjahr 1925 auf die Stammaktien 10 Prozent, auf die Vorzugsaktien 6 Prozent Dividende.

Der Jahresbericht der Krefelder Handelskammer schreibt über die Lage der deutschen Margarinerohstoffindustrie 1925:

Die Lage der im engen Zusammenhang mit der Düngemittelindustrie stehenden Margarinerohstoffindustrie im Kammerbezirk war nicht einseitig. Den Großwerken in Kleve und Goch (Anmerkung: Konzern von den Bergh und Jurgens) brachte das Jahr 1925 ein verhältnismäßig gutes und gleichmäßiges Geschäft, das von einer großzügigen Reklame und der guten Qualität der Erzeugnisse getragen wurde.

Dem scharfen Wettbewerb der großen Konzerne gegenüber vermochten die freien Margarinerohstoffwerke sich nur schwach zu behaupten. Die schwierige Lage führte dazu, daß - wie schon im Vorjahre - eine Reihe von Fabriken zum Erliegen kam.

Die Denkschrift kommt zu dem Schluss: Die schwierige Lage der freien Margarinerohstoffwerke würde durch Zollbefreiungen, wie sie im deutsch-schwedischen Handelsvertrag vorgesehen sind, bis zur Unmöglichkeit gesteigert werden. Diese Zollbefreiungen würden eine Verfeuerung der Margarine von 1 1/2 Pf. pro Pfund ausmachen.

Literarisches

'Creatur', Roman der Zeit von Friedrich Wolf. Herausgegeben vom Bücherkreis als 2. Werk der Jahresreihe 1926 (7. Band). Ein frischer, kräftiger Erdenrauch strömt aus den Seiten des Romans.

Mit diesem Werk hat der Bücherkreis die Reihe seiner Veröffentlichungen durch ein prachtvolles Buch ergänzt. Die Ausstattung in Einband, Druck und Papier ist vorzüglich.

Rachabino, sozialer Roman an dem russischen Volkstümlichen Karl Kuhl's. Preis 7,50 Mk. Neukant-Verlag, Hamburg 30, Eppendorfer Weg 211.

Einführung in die Sozialpolitik. Von Dr. Bruno Reuter, Berlin 1926. Zentralverlag G. m. b. H. 123 S. Preis 2,50 Mk.